

Antrag: A-14
Antragsteller: Jusos Unterbezirk Frankfurt
Betreff: Verbot von Gender Pricing bei Dienstleistungen

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Die preisliche Festlegung von Dienstleistungen nach Geschlecht soll verboten werden.

3 Begründung:

4 Kleidung, Kosmetik, Kinderspielzeug - für viele Produkte zahlen Frauen mehr als Männer. Bis zu 200
5 Prozent Aufschlag fordern Hersteller und Handel heutzutage in Deutschland für Produkte, die sich
6 speziell an Frauen richten, wie die Verbraucherzentrale Hamburg in einer aktuellen Erhebung
7 herausgefunden hat. Beispielsweise wird bei Friseuren der Preis der Dienstleistung vor allem nach dem
8 Parameter des Geschlechts der jeweiligen Kund*innen berechnet. Dabei kostet ein Frauen*haarschnitt
9 bei vergleichbarer Haarlänge zumeist mehr als ein Männerhaarschnitt. Auch für Kosmetikprodukte
10 müssen Konsumentinnen tiefer in die Tasche greifen.

11 Hinzu kommt, dass Frauen* durchschnittlich 21 Prozent weniger verdienen als Männer. So steht Frauen*
12 weniger Geld zur Verfügung und sie müssen für viele Produkte mehr zahlen. Das ist doppelt unfair.

13 Durch das Verbot der preislichen Festlegung von Dienstleistungen nach Geschlecht soll dieser
14 Diskriminierung ein Riegel vorgeschoben werden.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Ablehnung